

Herrn  
 Heribert Rech, MdL  
 Innenminister des Landes Baden-Württemberg  
 Postfach 102443  
 700200 Stuttgart

4. März 2009

## Bahngipfel – Rechtsverfahren Rheintalbahn

Sehr geehrter Herr Minister,

mit großer Irritation und Verunsicherung reagieren die Menschen in der Region am südlichen Oberrhein auf die verzweifelt anstrengungen der Kommune Weil am Rhein, die drohende Rechtskraft einer menschenfeindlichen Bahnplanung im Streckenabschnitt 9.2 abzuwenden. Das RP Freiburg hat eine 600-seitige abschließende Stellungnahme für das EBA verfasst, die im Wesentlichen die Planung und die Argumentation der Vorhabenträgerin stützt, obwohl eine durchgeprüfte machbare und vom Land Baden-Württemberg befürwortete Variante vorgelegen hat. Bis Juni 2009 soll ein entsprechender Planfeststellungsbeschluss ergehen. Die in der Anlage beige-fügten Presseartikel mögen Ihnen einen Eindruck zur Gemengelage vermitteln.

Die Vorgänge in Weil werden von der zunehmend misstrauischer werdenden Bevölkerung in den anderen Streckenabschnitten als Menetekel begriffen: Es sei unglaublich, einen Bahngipfel und politische Lösungen der Probleme anzukündigen - und dann geht doch alles weiter wie bisher. Insbesondere verhalte sich die Anhörungsbehörde so, als gäbe es die nunmehr schon jahrelangen, in dem Alternativkonzept BADEN 21 zusammengefassten Bemühungen um einen menschenverträglichen, umweltgerechten und zukunftsfähigen Bahnausbau am südlichen Oberrhein nicht. So werde also voraussichtlich ein Planfeststellungsbeschluss nach dem anderen erwirkt. Dass die Bemühungen der Landesregierung letztlich fruchten, die fünf Kernforderungen des Volkes am Oberrhein durchzusetzen, erscheine immer fraglicher, da nach Auskunft des BMVBS der schon lange avisierte Bahngipfel noch immer nicht terminiert sei und klare Signale hierzu seitens der Landesregierung ausblieben.

Als Beispiel führen wir an, dass am 28. - 30. April 2009 vom RP ein weiterer Erörterungstermin zum Streckenabschnitt 8.3 anberaumt wurde, bei dem es um die Auseinandersetzung mit der Antragstasse geht, obwohl mit der Bürgertrasse eine technisch und betrieblich machbare sowie für Mensch und Umwelt weit vorteilhaftere und damit grundsätzlich genehmigungsfähige Lösung vorliegt. Der Sinn dieser neuerlichen Erörterung mit einer längst überholten Planung ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, mit einer Erörterung auf Basis der Bürgertrasse wäre dies sehr wohl möglich. Ähnliches Unverständnis ist im Bereich der A5-parallelen Trasse anzutreffen, wenn auch dort die Erörterungen auf Basis der rundweg abgelehnten Bündelungstrasse mit der Rheintalbahn weitergehen sollten.



[www.mut-im-netz.de](http://www.mut-im-netz.de)



[www.igel-breisgau.de](http://www.igel-breisgau.de)



[www.bi-bahn.de](http://www.bi-bahn.de)



[www.bi-bahnlaerm.de](http://www.bi-bahnlaerm.de)



[www.abatra.de](http://www.abatra.de)



[www.bi-bahntrasse.de](http://www.bi-bahntrasse.de)



[www.bilb-weil.de](http://www.bilb-weil.de)

Wir Bürgerinitiativen der IG BOHR sehen das mit größter Sorge. Wir können die steigende Unzufriedenheit mit der Situation, die schlechter werdende Stimmung, das wachsende Misstrauen und die Unruhe in der Bevölkerung verstehen, die sich um die Früchte ihrer jahrelangen Bemühungen gebracht sieht. Wir bitten Sie daher dringend, ab sofort weitere verwaltungsrechtliche Maßnahmen durch die Anhörungsbehörde auszusetzen, bis eine politische Entscheidung gefallen ist, die aus der Natur der Sache so schnell wie möglich getroffen werden sollte. Die Bevölkerung ist dann gerne bereit, sich konstruktiv und auf diese Weise beschleunigend an allen Verfahren zu beteiligen.

Politik lebt vom Vertrauen zwischen Bevölkerung und den gewählten Repräsentanten. Wir möchten deshalb heute gerne von Ihrem grundsätzlichen Gesprächsangebot Gebrauch machen und bitten Sie um einen zeitnahen Termin in Stuttgart (oder sonstwo), um die aktuellen Irritationen in unserer Bürgerschaft möglichst auszuräumen. Die Erwartungen der Region an den Bahngipfel sind eindeutig:

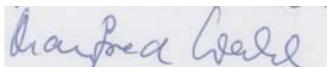
1. Der Bund stoppt alle laufenden Planfeststellungsverfahren zur Antragstrasse zwischen Offenburg und Weil am Rhein über ein Moratorium.
2. Der Bund erteilt der Bahn einen neuen Planungsauftrag unter Einbeziehung der fünf Kernforderungen (sechs sind es mit der Umplanung am Katzenbergtunnel zur Einbindung des Güterverkehrs) der Region.
3. Die Deutsche Bahn verschwendet keine weiteren Ressourcen in ihre bisherige Antragstrasse, sondern verfolgt mit Nachdruck und in enger Abstimmung mit der Region die Planung gemäß der von der Landesregierung unterstützten Kernforderungen, damit die Fertigstellung zeitgleich mit dem Gotthardtunnel erfolgen kann.
4. Bund, Bahn und Land einigen sich analog Stuttgart 21 über die Gemeinschaftsfinanzierung des Qualitätszuschlags, der die Akzeptanz der Baumaßnahme für die Bevölkerung in der Region sicherstellt.

Diese berechtigten Erwartungen stehen im krassen Gegensatz zu den Erfahrungen, die die Menschen am südlichen Oberrhein derzeit machen müssen, was sie zutiefst enttäuscht. Die Menschen in der Region erwarten jetzt kurzfristig klare politische Aussagen und entsprechende Taten. Es ist daher dringend erforderlich, diesen tief empfundenen Widerspruch aufzulösen, wenn der Ausbau der Rheintalbahn friedvoll und in vernünftiger Zeit über die Bühne gehen soll.

Mit freundlichen Grüßen



Adalbert Häge  
BI IGEL e.V.



Manfred Wahl  
BI Bahntrasse e.V.



Uwe Haller  
BI Bahn e.V.



Dr. Roland Diehl  
BI MUT e.V.

cc.

Amts- und Mandatsträger der Region Südlicher Oberrhein per ePost